



STAHLARBEITER: "WARUM WIR DIE 35-STUNDEN-WOCHEN BRAUCHEN..."

VORAN sprach mit Streikposten an verschiedenen Toren des Stahlwerks Mannesmann-Huckingen. Sie erklärten uns, warum sie für die 35-Stunden-Woche kämpfen und was sie von dem Streik erwarten.

"Wir können kein geregeltes Familienleben haben, bei der ständigen Schichtarbeit. 5 Stunden weniger Arbeit sind 5 Stunden mehr für die Familie!"

"Außerdem geht unsere Gesundheit kaputt. Bei mir in der Kolonne, wo wir fast ständig in der ersten Hitze arbeiten, ist kein Kollege über 45. Die älteren schaffen das nicht mehr. Nach ein paar Jahren ist dein Körper einfach ruiniert. Dafür dürfen wir doch wohl noch einen Ausgleich fordern, oder nicht?"

"Arbeitszeitverkürzung ist aber nicht nur für uns Stahlarbeiter gut. Die Hetze ist ja in allen Industriezweigen stark angestiegen..."

"Man muß doch die Arbeitslosen von der Straße wegholen. Mein Sohn, der ist jetzt 17, der sucht seit einem Jahr eine Lehrstelle. Eigentlich wollte er Elektriker werden, aber inzwischen würde er alles annehmen..."

"Für mich ist die Rechnung ganz einfach: Es gibt mehr als 1 Million arbeitslose Kolleginnen und Kollegen. Und wir

werden immer mehr geheizt, mehr und schneller zu arbeiten. Das ist doch ein Unding! Wenn wir die Arbeit gleichmäßig auf alle verteilen, dann wird zuerst mal unsere eigene Überbelastung abgebaut, und die anderen hätten auch ein paar Sorgen weniger, wenn sie wieder regelmäßig eine Lohntüte heimtragen könnten."

"So optimistisch wie Du sehe ich die Sache nicht. Für mich geht es jetzt in erster Linie darum, einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und Leistungsdruck zu verhindern. Abbauen können wir das nicht mehr..."

"Aber jemand hat doch ausgerechnet, daß bei der 35-Stunden-Woche ungefähr 1 Million Arbeitsplätze geschaffen würden."

"Ja, aber nur bei sofortiger 35-Stunden-Woche überall! Aber bisher kämpfen nur wir Stahlarbeiter dafür."

"Nein, bei den Druckern ist es auch bald soweit."

"Ich verstehe eines nicht: Warum haben die da oben nicht sofort einen vollen Streik ausgerufen?! Nicht nur wegen der Wirksamkeit... Aber hier werden schon einige Kollegen unruhig, weil die anderen Lohn kriegen, sie aber nur Streikgeld. Versteht mich richtig: Die sind auch für

UNTERSTÜTZT DIE KÄMPFENDEN STAHLARBEITER

35-STUNDEN-WOCHEN JETZT!

IG METALL-SPITZE DARF NICHT NACHGEBEN

Endlich! Die IG Metall hat die Initiative ergriffen! Der Kampf für die 35-Stunden-Woche hat begonnen! - Am 28. 11. wurden insgesamt 39.000 Stahlwerker aus 8 verschiedenen Betrieben für die Tarifbezirke Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück von dem IG Metall-Vorstand in den Streik gerufen.

Kollegen aus allen Branchen haben diesen Schritt begeistert begrüßt. Denn wenn die Stahlarbeiter jetzt die Bresche schlagen, dann wird die 35-Stunden-Woche schon in naher Zukunft auch in anderen Industriezweigen auf der Tagesordnung stehen. Was die Stahlarbeiter heute erkämpfen, das wird uns allen morgen zugute kommen. Deswegen gilt es, durch praktische Hilfe die im Kampf stehenden Kollegen zu unterstützen.

Aus zwei Gründen ist eine spürbare Arbeitszeitverkürzung sofort dringender erforderlich - nicht nur im Stahlbereich:

- als erste Erleichterung gegen die in allen Bereichen ungeheuer gestiegene Leistungshetze
- zur Beseitigung der massenhaften Dauerarbeitslosigkeit von 1 Million.

Der Kampf der Stahlarbeiter ist deswegen für alle Gewerkschafter wichtig. Ein Erfolg in der jetzigen Auseinandersetzung hätte zur Folge, daß viele Kollegen, die heute demoralisiert und von der Gewerkschaft enttäuscht sind, wieder mit Hoffnung in die

Zukunft blicken würden. Sie würden sehen, daß die Unternehmer in ihrem Feldzug gegen unsere sozialen Errungenschaften nicht ewig triumphieren können.

Gerade deshalb nehmen aber auch viele der streikenden Kollegen kein Blatt vor den Mund, wenn es gilt, die Streiktaktik der IG Metall-Führung zu analysieren und zu kritisieren. Sie fragen sich:

Warum verhandelt die IG Metall nur um den "Einstieg" in die 35-Stunden-Woche? Was soll denn dieses Jahr als Ergebnis herauskommen? Die 39,5-Stunden-Woche etwa?

Warum hat die IG Metall nicht von Anfang an einen Vollstreik ausgerufen? Bei der Taktik des Schwerpunktstreiks können die bestreikten Betriebe nämlich vorliegende Aufträge in andere, nicht bestreikte Betriebe verlagern, wo dann (wie in Bremen bei Klöckner) Überstunden beantragt werden.

Die meisten erinnern sich auch noch daran, daß sich die DGB-Spitze ursprünglich mit Händen und Füßen gegen die konkrete Forderung nach der 35-Stunden-Woche sträubte. Eine allgemeinere Wischi-Waschi-Formulierung wie "Arbeitszeitverkürzung" wäre ihr lieber gewesen. Aber mit eindeutiger Mehrheit haben die Delegierten die 35-

Stunden-Forderung beschlossen. Damit hat der IGM-Vorstand einen klaren Kampfauftrag erhalten: nun soll er auch konsequent handeln!

Viele der Streikenden sind fest entschlossen, bei der Urabstimmung kein Ergebnis anzunehmen, das nicht die vollen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und nach 5% mehr Lohn erfüllt.

Denn: "Für uns sind 5% mehr Lohn und die 35-Stunden-Woche schon ein innergewerkschaftlicher Kompromiß, weil unsere Hütte schon vor Jahren die 32-Stunden-Woche und 9% mehr Lohn gefordert hat," erklärte uns ein Streikposten am Tor 3 der Mannesmann-Hütte in Duisburg-Huckingen.

Alle Juso-AGs, SPD-Ortsvereine, Falken-Ortsverbände und DGB-Gliederungen sind aufgerufen, die Kämpfenden bei diesem Streik (wie auch bei allen anderen in diesem Winter bevorstehenden Tarifaueinandersetzungen) mit konkreten Aktionen praktisch zu unterstützen!

- *Sammelt Geld und Unterschriften für die Streikenden!
- *Organisiert öffentliche Solidaritätsveranstaltungen!
- *Beteiligt Euch an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB!
- *Helft mit, die Streikzeitungen der Gewerkschaft zu verteilen!



Streik, weiterhin, aber für Vollstreik, bis wir uns durchgesetzt haben."

"Unser Vertrauenskörper hat heute früh schon eine Aufforderung an den Vorstand geschickt, jetzt endlich zum Vollstreik überzugehen. Mal sehen, ob das wirkt."

"Ich bin skeptisch, ob wir uns durchsetzen können. Aber eines sage ich Dir: 38 Stunden müssen dieses Mal mindestens noch rausspringen, sonst stimme ich mit 'NEIN!'. Ich will nicht, daß meine Kinder mal genauso malochen müssen, wie ich es heute tun muß!"

ARTIKEL ÜBER

- VORAN-Geburtstag ... S. 2
- Kampffonds ... S. 2
- Wertsterben ... S. 3
- Iran ... S. 4/5
- Deutsche Geschichte ... S. 6
- Stahlarbeiterstreik ... S. 7
- 35-Stunden-Woche ... S. 8

VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck Essen

ih da oben...
wir da unten

RÜSTUNG: 800 MRD. DM IM JAHR

Fast 800 Milliarden würden 1976 weltweit für die Rüstung ausgegeben! Welch eine enorme volkswirtschaftliche Verschwendung! Der Löwenanteil von 72 % dieser gigantischen Summe entfiel mit insgesamt 570 Milliarden DM auf die USA, die UdSSR, China, BRD und Frankreich. Dies geht aus einer Statistik der US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung hervor.

Welche Reformen könnten mit diesen Geldern doch durchgeführt, wieviel Armut beseitigt werden! Doch Abrüstung und Umstellung der Rüstungsindustrie auf eine sinnvolle, den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Weltbevölkerung dienenden Produktion von dringend benötigten anderen Gütern, wird erst möglich sein, wenn die Herrschenden in Ost und West gestürzt sind....

KÖNIGE SIND ARM DRAN...

"BILD" macht sich Sorgen um die europäischen Königshäuser. Das Blatt, das immer zur Stelle ist, wenn es gilt, gegen gewerkschaftliche Forderungen zu hetzen, zitiert die Queen von Großbritannien: "Ich bin nicht reich!"

Eine spanische Wirtschaftszeitung in Madrid hat folgende Zahlen ermittelt:

*Die Queen Elizabeth II. erhält jährlich 13,2 Millionen DM aus der Staatskasse überwiesen.

*Fürst Rainier von Monaco kann 11,8 Millionen DM im Jahr verbuchen.

*König Baudouin landet mit seinen 8,43 Millionen Mark nur auf dem 3. Platz.

*Erst unter ferner liefen folgen Schwedens Carl XVI. Gustav (8,29 Millionen), Königin Juliana der Niederlande (7,44 Mio.) und als letzter Luxemburgs Großherzog; dieser ist mit nur 2,34 Millionen fast ein Asozialer unter den Blaublütigen.

(Übrigens hat die Madrider Zeitung das Einkommen des spanischen Königs Juan Carlos "taktvoll verschwiegen").

"BILD" weiß auch, warum der europäische Hochadel mit seinen (in harter Arbeit errungenen?) steuerfreien(!) Einkommen nicht zufrieden ist: "...viele der Millionen gehen für Schlösser, Fuhrpark und für Mitarbeiter drauf."

Da liegt also der Haken! Darum will also nicht jedermann die Verantwortung übernehmen, die die Königskrone so mit sich bringt! Die meisten Millionen gehen also für den Unterhalt und die Restaurierung altehrwürdiger Schlösser drauf! Daß ein großer Fuhrpark von Luxuskarossen was kostet (ein König kann ja schließlich nicht mit einem Opel Rekord oder einem alten Käfer 'rumfahren...), ist klar! Und die "Mitarbeiter", die als Dienstmädchen, Kammerfrauen, Kinderfrauen, Butler, Hofgärtner, Chauffeure, Putzfrauen und Köche die Herrschaften bedienen dürfen, während diese auf der faulen Haut liegen, werden mit ihren Lohnforderungen auch jedes Jahr unverwundbar... Mit dem bißchen Restgeld, was da für die königlichen, fürstlichen und herzoglichen Hoheiten noch übrig bleibt, können sie sich außer den Grundbedürfnissen und einigen Gala-Diners ja keinen Luxus mehr leisten!

Ein einfacher Arbeiter hat's da schon viel besser: Der hat, wenn er Überstunden macht, ein gesichertes Einkommen von vielleicht 20.000 DM netto im Jahr, und braucht dieses Geld mit niemandem zu teilen, außer mit seiner Familie: er ist nicht für die Ernährung einiger Dienstmädchen, Chauffeure usw. verantwortlich, muß sich nicht für die Instandhaltung eines Riesenufahrparks Sorgen machen, ist nicht gezwungen, dafür geradzustehen, wenn ein wertvolles Schloß vergammelt ist...

...ABER MANCHE HABEN'S GUT!

Die meisten Arbeitnehmer haben wohl schon angefangen, für Weihnachten zu sparen, damit sie ihrer Familie einige Geschenke machen können.

Aber Restaurant-Besitzer John Grisanti aus Memphis (USA) weiß offensichtlich nicht, wohin mit seinem vielen Geld. Warum sich also nicht mal was Extravaganantes leisten? Er ersteigerte sich in London eine Drei-Liter-Flasche 114 (!) Jahre alten französischen Burgunder. Dabei ging er allerdings ein unerhörtes Risiko ein: Man überlege, wenn daraus inzwischen purer Essig geworden wäre!!!

Grisanti hatte Glück: "Der Wein schmeckt samtig", konnte er feststellen, nachdem er den ersten Schluck gekostet hatte. Er verzichtete jedoch darauf, die Drei-Liter-Flasche allein zu leeren. Eine große Selbstüberwindung - denn er hatte Tränen in den Augen, als er den Gästen seiner Wohltätigkeitsveranstaltung (die 3.000 DM Eintritt berappen mußten) die Kostbarkeit aus-schenkte.

Die meisten Arbeiter und Angestellten haben wohl nicht so viel Geld, daß sie 36.000 DM für eine Flasche Wein ausgeben könnten. Aber andererseits laufen sie auch kaum Gefahr, wenn sie sich eine Flasche Bier kaufen, daß diese schlecht geworden ist, bis sie zu Hause aufgemacht wird...

VORAN wird 5 Jahre alt

Mit dieser Ausgabe (Nr. 35) kann unsere Zeitung VORAN den 5. Geburts- oder Jahrestag feiern. Dies ist zwar kein Anlaß für rauschende Feste oder Bankette, aber 5 Jahre sind doch Grund genug, um kurz einmal Rückschau zu halten.

Unsere Zeitung erschien zum ersten Mal mit der Nummer 1 im Dezember 1973, wenige Monate nach jener berühmt-berüchtigten Streikwelle vom August/September 1973 für Teuerungszulagen angesichts einer immer weiter steigenden Inflationsrate. Wenige Wochen zuvor hatten auch die württembergischen Metallarbeiter für einen besseren Manteltarif erfolgreich gestreikt.

Aber 1973 war nicht nur ein Jahr wichtiger betrieblicher Kämpfe. Damals machte sich nämlich schon eine Enttäuschung unter vielen Arbeitern und Angestellten breit, weil dieselben SPD-Führer, die noch vor einem Jahr zuvor eine bessere Zukunft versprochen hatten, jetzt vor die Fernsehkameras traten und Maßhaltappelle von sich gaben.

In diese Zeit hinein wurde VORAN geboren, als sich 1973 eine Handvoll Genossen, aktive Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften, zusammen fanden, fast alle von ihnen Genossen, die schon einige Zeit in der Bewegung aktiv gewesen waren und 1972 mit aller Kraft sich für einen Wahlsieg der SPD mit eingesetzt hatten.

1973 war aber auch noch ein Jahr der Hochkonjunktur gewesen. Massenarbeitslosigkeit war damals noch ein Fremdwort, und in den gewerkschaftlichen Kämpfen ging es erst einmal um einen Ausgleich der Inflationsrate. Aber schon damals, als unsere Partei- und

Gewerkschaftsführer noch voll in der Gedankenwelt der "goldenen 60er Jahre" lebten, sprachen wir eine realistische Warnung aus, die uns zunächst viel Spott und müdes Lächeln einbrachte:

"Im Jahre 1974 - oder spätestens 1975 - findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht." (Originalzitat aus VORAN Nr. 1).

Wir verweisen darauf nicht mit Schadenfreude oder einem über-schwenglichen Eigenlob, sondern um eines herauszustellen: Die Überlegenheit einer klaren marxistischen Analyse und Perspektive gegenüber jedem "pragmatischen" Vor-sich-Hinarbeiten ohne weitergehenden politischen Horizont.

Auch wir sind alles andere als unfehlbar. Auch wir haben die Weisheit nicht mit Schöpflöffeln gefressen. Aber trotzdem können wir nicht ohne eine Spur Zufriedenheit auf die politische Entwicklung unserer Zeitung in den letzten 5 Jahren zurückblicken.

*Der Militärputsch in Chile im September 1973 hat auch uns entscheidende Denkanstöße gegeben.

In VORAN Nr. 1 beschrieben wir unsere Position dazu. Darin warnen wir vor allen Illusionen, daß die Kapitalisten passiv zusehen werden, wie man ihnen Stück um Stück ihre Macht und ihren Besitz wegnimmt. Wir haben keinen Grund, unsere Meinung zu ändern.

*Als aktive Mitglieder der Jusos wiesen wir schon vor Jahr und Tag darauf hin, daß die Jusos nur dann eine echte Zukunft haben können, wenn sie sich zu einem Kampfverband der Arbeiterjugend verwan-deln und sich eine feste Verankerung in der Arbeiterbewegung verschaffen. Gleichzeitig müssen sie

die tagtägliche Arbeit harmonisch mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft in Einklang bringen.

*Von Anfang an verfolgten wir die portugiesische Revolution mit großer Aufmerksamkeit. Wir ließen uns nicht von dem unkritischen Jubel vieler Juso-Genossen für den Sozialistenführer Soares anstecken.

*Hin und wieder müssen wir den Vorwurf hören, wir seien "vom Osten finanziert". Tatsache ist aber, daß wir schon ab Ausgabe Nr. 2 unsere klare und kompromißlose Haltung zu den stalinistischen Staaten Osteuropas klarstellten.

Wir unterstützen alle wirtschaftlichen Errungenschaften dieser Länder auf der Grundlage der Planwirtschaft, betrachten aber die Staatsbürokratie als Hauptklotz für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft und haben deshalb die Perspektive einer politischen Revolution zum Umsturz dieser Ostblockbürokraten.

*Wir haben auch wiederholt beschrieben, wie wir uns eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorstellen und wie man der Gefahr einer Bürokratisierung vorbeugen kann - durch Arbeiterkontrolle im Betrieb und eine allgemeine Arbeiterverwaltung in der Gesellschaft insgesamt, durch freie Entfaltung der Diskussion und volle Mitwirkung aller Arbeiter.

*Als aktive SPD-Mitglieder haben wir nie ein Blatt vor den Mund genommen, wenn es darum ging, die Genossen in Bonn daran zu erinnern, daß wir sie gewählt haben, damit sie dort auch gefälligst die Arbeiterinteressen vertreten und nicht nach der Pfeife des Kapitals tanzen sollen.

FORTSETZUNG
AUF SEITE 6

Kampffonds

SPENDENKONTO:
Angela Bankert, Postscheckamt Essen
2422 - 50 - 432

Auf geht's zum Endspurt

Das erste Jahr der nunmehr 5-jährigen VORAN-Geschichte, in dem kontinuierlich und koordiniert mit Unterstützung einer Reihe von Kampffondshelfern, Spenden gesammelt worden, ist jetzt fast abgelaufen.

Wir hatten uns zu Beginn des Jahres viel vorgenommen: 25.000 DM war das Ziel, das unserer Meinung nach nicht aus der Luft gegriffen war. Nach Rücksprache mit vielen aktiven VORAN-Anhängern hielten wir dieses Ziel für durchaus realistisch.

Doch, wie auch aus der nebenstehenden Grafik zu ersehen ist, haben wir nur knapp die Hälfte erreicht.

Bei diesem relativ schlechten Ergebnis sollte sich jeder fragen, was besser laufen muß. An dieser Stelle ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die Spendenbereitschaft der Leser oft von einer entsprechenden Aufforderung abhängt. Es kommt selten vor, wie uns immer wieder bestätigt wird, daß eine Bitte um Spenden abgelehnt wird. Vieles hängt einfach von der Eigeninitiative unserer Anhänger ab.

Darüberhinaus haben wir immer wieder Anregungen und Ideen zum Sammeln veröffentlicht, die aber in viel zu geringem Umfang aufgegriffen wurden.

Jeder Genosse und Kollege, der VORAN für unterstützenswert hält, sollte daher überlegen, welche Initiativen er im nächsten Jahr entwickeln wird, um die Sammelergebnisse zu verbessern.

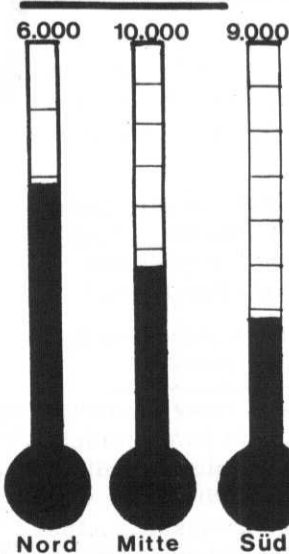
Beispielhaft möchten wir die Aktivitäten der VORAN-Anhänger aus Hamburg anführen, die allein im Monat November 487,80 DM eingebracht haben:

- Eine Genossin hat einen grossen Teil ihres Weihnachtsgeldes gespendet.....200 DM

- Andere haben Honorare aus Nebenbeschäftigungen gespendet..... 60 DM
- Der Überschuß aus dem Verkauf von VORAN ergab..... 42 DM
- Bei VORAN-Diskussionsrunden kamen zusammen..... 54 DM
- Bei einem Wochenend-Seminar wurden Genossen gegen ein kleines Entgelt verpflegt... 38 DM
- Honorar für Englisch-Nachhilfeunterricht..... 48 DM
- Privates Haarschneiden statt zum Friseur zu gehen..... 10 DM
- Verkauf von Fotos..... 6 DM
- Einnahmen bei Geselligkeiten (Essen, Bierausgaben)..... 19,80

Solche Sammlungen sind sicher auch in anderen Städten möglich und müssen im nächsten Jahr verstärkt anlaufen.

ZIEL FÜR 1978



Weiterhin sind in den letzten 2 Monaten noch eine Reihe von Einzelspenden eingegangen. Unser Redaktionsmitglied und Genosse (und Folk-Sänger) Greg Powell hat 200 DM aus seinen Auftritts-Honoraren gespendet.

Kurt Kleef, Beschäftigter beim Stahlwerk Thyssen, spendete 20 DM an VORAN.

Beim Zeitungsverkauf vor dem Remscheider Metall-Betrieb Straßmann kamen 10,70 DM an Spenden zusammen.

5 DM Überschuß ergab der Verkauf von VORAN bei einer Protestkundgebung von Stahlarbeitern.

Wetten unter VORAN-Anhängern, die zugunsten des Kampffonds abgeschlossen wurden, brachten 35 DM ein.

Jungsozialisten aus dem UB-Waldeck-Frankenberg in Hessen schickten uns 216,60 DM.

Insgesamt sind eingegangen:

NORD	MITTE	SÜD
919,20	689,02	378,60

Bisher haben wir 1978 circa 11.000 DM gesammelt. Das Jahr ist aber noch nicht ganz vorüber. Nutzen wir die letzten paar Wochen, um unserem ursprünglich ins Auge gefaßten Ziel so nahe wie möglich zu kommen.

Eine Anhängerin aus Köln hat uns bereits ihr Weihnachtsgeld in Höhe von circa 400 DM versprochen. Wie wär's, wenn ihr euch daran ein Beispiel nehmt? Außerdem sollte die Tatsache, daß VORAN jetzt den 5. Geburtstag feiert, Anlaß genug sein, um ein kleines Geburtstagsgeschenk zu machen.

Übrigens: Wir nehmen natürlich auch Sachspenden an! Alles, was nicht niet- und nagelfest ist, solltet ihr uns zukommen lassen, wenn's in einem Büro verwendbar ist!

Also, auf geht's zum Endspurt für 1978!

ANGELA BANKERT

DAS STERBEN EINER WERFT

"Wir wollen nicht nur Statisten sein, wir wollen handeln!" Mit diesem Satz drückte der Kollege Günter Frieb-Preis die unruhige Unzufriedenheit der Belegschaften der norddeutschen Werften aus, die jetzt, wie es so schön heißt: "freigesetzt" werden sollen. (Siehe VORAN Nr. 34).

Dies wurde auf einer erfolgreichen Veranstaltung der VORAN mit stehenden Fakten verdeutlicht. Erst vor 17 Jahren, sagte Kollege Jan Thiem (Betriebsrat bei Siemens, IG-Metall- und SPD Mitglied) gab es noch 30.580 Arbeitsplätze im Schiffbau - nach 16 Jahren - also 1977 - waren es nur noch 15.250! Auch andere Bereiche der Metallbranche haben Kollegen abfallen lassen wie die Blätter im Herbst: Maschinenbau des Hamburger Raums im selben Zeitraum von 28.000 auf 18.000, Metall von über 200.000 1961 auf 74.000 1977, Stahl von 10.000 auf 3.000. Umgerechnet heißt das ein Abbau der Arbeitsplätze in den wichtigsten Bereichen von 37,9% - und das alles unter "günstigen" wirtschaftlichen Wetterlagen. Zahl für Zahl sprach ein vernichtendes Urteil über dieses rücksichtslose kapitalistische System aus.

Auch die internationalen Aspekte der Probleme der Kollegen kamen zu Wort. Kollege Thiem erklärte, wie die "internationalen Häuptlinge" großer Konzerne ihre kontinentale Strategie in Brüssel ausdachten, die dann überall in der Welt Härte für den schuftenden Kollegen bedeuten sollten.

Kollege Frieb-Preis (Ausbilder bei HDW, IG-Metall und SPD-Mitglied) verdeutlichte in einfachen Worten die Traditionen der Kollegen im Schiffbau. (Siehe die abgedruckten Auszüge aus seinem Referat).

Eine lebhaft Diskussion entfachte sich um den Charakter der Probleme der HDW. Viele Beiträge legten die Schuld voll und ganz an die Füße des internationalen Privatprofits. Ein Mitglied der IG-Druck betonte, wie der Kapitalismus gezwungen wird, aus seiner eigenen Natur heraus vorrangig und überwiegend an die Steigung der Profite zu denken.

Gleichzeitig betonte dieser Kollege, daß die Antwort der Kollegen aber nicht auf eine Gewerkschaft beschränkt bleiben könnte, und daß - wie der Druckerstreik zum Teil gezeigt hatte - die gesamte Kraft und Solidarität aller Gewerkschaften ins Spiel gebracht werden müßte. Er kritisierte auch die mehr oder weniger unterschwellige Idee, es ginge darum, die Arbeitsplätze der Hamburger Kollegen zu verteidigen, ohne daß man dabei die Gefahren für alle Kollegen in den norddeutschen Werften sähe.

Auch die Rolle des Staates wurde lebhaft diskutiert. Mehrere Redner deuteten auf die Rolle des Staates als Stütze des Kapitals hin. Als Beispiel wurde die schwedische Schiffindustrie erwähnt, wo Schiffe hergestellt werden, um nur vom Staat abgekauft zu werden. Da werden Subventionen in ihrer logischen Weiterführung tatsächlich durchgeführt. Diese gutgemeinte aber irreführende Maßnahme läßt die Frage nach der Macht über die Produktion, also der Eigentumsverhältnisse, ungeändert.



Fast 30 Gewerkschafter waren auf einer von Hamburger VORAN-Anhängern organisierten Diskussionsveranstaltung über die drohenden Werftstilllegungen, bei der Betroffene über ihre Erfahrungen berichteten.

Folgende Punkte wurden in der Diskussion angeschnitten:

HDW ist kein Einzelfall. Man muß ihn im Zusammenhang mit der allgemeinen Krise unseres Wirtschaftssystem sehen. Diese Krise hat internationale Ausmaße, hat seit der Weltrezession dauerhaften Charakter und läßt sich nicht durch ein paar Konjunkturspritzen u. Ä. überwinden.

Arbeitnehmer haben die Krise nicht verschuldet, deshalb sollen sie auch nicht mit ihrer Existenz und ihrem Lebensstandard dafür zahlen. Wir lehnen es ab, uns auf die Logik der Unternehmer einzulassen, die in der Krise Entlassungen, Opfer und Arbeitshetze bedeutet - um ihre Profite zu sanieren.

Deshalb: keine einzige Entlassung bei HDW (oder woanders) wenn den Betroffenen nicht entsprechende Arbeitsplätze in anderen Bereichen angeboten werden können (bei voller Bezahlung von Umschulungen).

Volle Einsicht in die Geschäftsbücher von HDW seitens der Arbeiter und ihrer Gewerkschaft (-was wurde/wird mit den Profiten und Subventionen der letzten Jahre gemacht, warum werden sie nicht für die Rettung von Arbeitsplätzen genutzt?)

Alle Produktionskapazitäten müssen ausgenutzt werden, wenn nötig, durch die Produktion anderer Güter (allerdings nicht durch Rüstungsproduktion, wie schon als Vorschlag von HDW-Betriebsräten gekommen sein soll!)

Staatliche Hilfen und Subventionen zur Umstrukturierung von HDW dürfen nicht einfach in die Verfügungsgewalt der Manager gestellt werden (wie bisher) denn wurden nicht in der Vergangenheit die Subventionen sogar genutzt, um die Rationalisierungen, und damit den Arbeitsplatzabbau voranzutreiben? Lläuft nicht sogar das Konzept der Bundesregierung auf tiefgreifende Rationalisierungen bei den Werften hinaus, ohne daß alternative Arbeitsplätze geschaffen werden?

Wenn Umstrukturierungen durchgeführt werden, und wenn dazu Subventionen gezahlt

werden, dann muß dies unmittelbarer Kontrolle und Verwaltung der betroffenen Werftarbeiter und ihrer Gewerkschaft in Zusammenarbeit mit der Regierung geschehen! HDW ist zu 100% ein staatliches Unternehmen, aber wie sieht die Praxis der Unternehmensführung aus? Eine Alternative sind Aufsichtsräte zur Kontrolle und Verwaltung der Betriebe, die wie folgt zusammengesetzt sind: Ein Drittel direkte, durch

die Belegschaft gewählte Vertreter, ein Drittel Vertreter des DGB, ein Drittel Vertreter des Staates.

Die Forderung der IGM nach Umstrukturierung und Produktionsumstellung bei den Werften geht in die richtige Richtung. Aber nicht weit genug. Sie muß verbunden werden mit der Forderung nach einer Rahmenplanung für die gesamte Schiffindustrie - nur dann kann sinnvoll und koordiniert umstrukturiert werden.

Um eine solche Rahmenplanung sinnvoll durchführen zu können, müssen aber alle heute noch privaten Werften in öffentliche Kontrolle und öffentlichen Besitz überführt werden. Dann erst können Produktion, Umstrukturierungen und Umschulungen vernünftig koordiniert und geplant werden.

Schiffbau ist keine isolierte Insel in der Gesamtwirtschaft - national nicht wie auch nicht international. Die Krise hat schon jetzt andere Branchen erfaßt (z. B. Stahl) und sie wird in den nächsten Jahren immer mehr um sich greifen. Dann müssen wir unsere Forderungen innerhalb der Arbeiterbewegung weiter und breiter anlegen. Unser Ziel muß sein:

Vergesellschaftung aller Schlüsselindustrien und aller Bankkonzerne sowie der Banken und Versicherungen und auf dieser Basis ..

gesamtgesellschaftliche demokratische Planung der Wirtschaft.

Und der Kampf für solche Ziele kann letztlich nicht national begrenzt sein. Denn die Kollegen z. B. in der Schiffbauindustrie in anderen Ländern haben die gleichen Probleme. Wir dürfen keine Lösungen akzeptieren, die darauf hinauslaufen, daß unsere Probleme auf Kosten der ausländischen Kollegen (z. B. der Holländer) "gelöst" werden. Erstens könnten das nur kurzfristige Scheinlösungen sein und zweitens verbietet dies die Solidarität mit den Kollegen in den anderen Ländern.

Wir müssen vielmehr auf eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften hinarbeiten - um die Forderungen und den Kampf gegen die überall gleichen Angriffe der Unternehmer und ihr Wirtschaftssystem aufeinander abzustimmen.

Diese Diskussion war nur ein kleiner Beitrag. Alle VORAN-Leser sind jedoch aufgerufen, bei sich in der Gewerkschaft, im SPD-Ortsverein und im Bekanntenkreis für Verständnis, Solidarität und konkrete Aktionen zu mobilisieren!

Bitte schickt alle Solidaritätserklärungen an:
Greg Powell
Altonaer Poststr. 5
2000 Hamburg 50

Aus dem Bericht des Kollegen Frieb-Preis:

"Seit 1957 bin ich mit jeweils kurzen Unterbrechungen bei den Hamburger Werften beschäftigt, und wir haben da schon so manchen Sturm erlebt. Aber was wir jetzt haben, ist kein Sturm - das ist ein ganz gewaltiger Orkan. Ich weiß nicht erst seit 1957 etwas von den Werften, denn mein Vater ist selbst 36 Jahre auf der Werft gewesen, als Arbeiter. Der hatte immer gedacht, sein Sohn, der könnte das vielleicht auch machen. Danach sieht es allerdings im Moment absolut nicht aus; mein Rentenalter werde ich dort nach der jetzigen Lage bestimmt nicht erreichen können.

Als ich 1957 im ersten Lehrjahr als kleiner Stift bei der Werft anfang, hat man mir gesagt, das ist ein unheimlich sicherer Arbeitsplatz. Wir waren damals 11000 Mitarbeiter bei der Deutschen Werft in den Werken Finkenwerder, wo ich arbeitete, und in Reiherstieg zusammen. Wir bauten jeden Monat ein Schiff - wenigstens. Wenn wir heute noch eins im Jahr bauen, sind wir froh.

Das war eine Werft in Hamburg: die Deutsche Werft. Und dann wurde alles schlechter. Es hieß, die Lage war ernst, aber noch nicht hoffnungslos - so wie es auch heute noch heißt. Und plötzlich hatten wir Mitte der 60'er Jahre angeblich keinen Schiffbauboom mehr. Die Auswirkung war eine Riesenfusion bei den Hamburger Werften, und zwar eine Fusion mit den Howaldswerken (mit ihren Werken in Hamburg und Kiel). Im Jahre 1957, aus dem ich erzähle, waren aber auch bei Howald 10 000 Leute beschäftigt, und da lief auch jeden Monat ein Schiff vom Stapel. Das waren also insgesamt 21 000 Leute in Hamburg, bei den Werken Finkenwerder, Ross und Reiherstieg. Von diesen drei Werken sind mittlerweile nur noch zwei übriggeblieben; und was meint Ihr, wieviele Arbeitnehmer dort heute noch arbeiten? Von den 21 000 Mitarbeitern sind ganze 5 400 (5 500 wenn's hochkommt) geblieben. Wir sind inzwischen fast ein Pleiteunternehmen.

Und dabei hatten wir noch bei der Großfusion gedacht, wir haben jetzt einen sicheren Arbeitsplatz. Warum haben wir das gedacht?

Wir gehörten nämlich durch die Fusion plötzlich zum Salzgitterkonzern, der zu 100% dem Bund gehört. Was konnte uns da schon noch passieren - meinten wir - ; wir wollten sogar schon den Beamtenarif bei der Versicherung durchdrücken, aber den kriegten wir nicht, naja. Jedenfalls haben wir erwartet, daß unsere Arbeitsplätze nun endlich mal sicher waren. Denn wir hatten eigentlich damals schon die Nase gestrichen voll von Zusagen, von Versprechungen, die jeder, der zur Betriebsversammlung kam, uns machte - die Regierung, der Hamburger Senat usw.

Die Politiker sagten uns andererseits damals auch schon, es gäbe zukunftsträchtigere Industrien; es müßten deshalb neue Industrien angesiedelt werden. Wie diese neuen Industrien aussehen, kann man sehr schön in Finkenwerder sehen, wo früher das große Werk der Deutschen Werft war: eine sehr gepflegte leere Fläche! Da steht noch ein Hochhaus, das haben sie sich nicht getraut abzureißen, weil es noch zu neu war. Und außerdem noch ein paar Hallen - da sind die Scheiben eingeworfen. So sieht also die Neuansiedlung aus und die "neuen Arbeitsplätze", die man uns in Finkenwerder versprochen hatte.

Damals hofften wir als Anwohner in Finkenwerder noch auf neue Industrien und neue Arbeitsplätze. Wir wohnten und arbeiteten dort. Wir waren nämlich auf den Werften seit eh und je - ich will nicht sagen Sklaven, aber so etwas wie Leibeigene. Die Werften stellten ihren Arbeitern Wohnungen, aus denen man rausflog, wenn man von der Werft wegging. Aber normalerweise sorgte die Werft in dieser Hinsicht von der Wiege bis zur Bahre für jeden Beschäftigten - das war so üblich, das war Tradition; man ließ keinen verkommen. Wenn einer nicht mehr die harte Arbeit leisten konnte, beschäftigte man ihn wenigstens als "Wohlfahrtswärter" oder in ähnlicher Weise. Aber dies soll es jetzt anscheinend nicht mehr geben.

Ich bin also 1968 Fusionsgeschädigter gewesen - so nannten wir uns damals. Ich mußte nämlich meinen angestammten Arbeits-

platz im Werk Finkenwerder verlassen und ich bin ganz kurzfristig, binnen zwei Tagen, ohne große Ankündigung ins Werk Ross umgesetzt worden. Ja so war's; abends kurz vor Feierabend kam der Meister und sagte: "übermorgen brauchen wir Sie im Werk Ross, hier haben wir nichts mehr für Sie zu tun."

Ich bin dann also zu Ross rübergegangen und traf dort genau so eine Umgebung vor, wie ich sie verlassen hatte. Es war nichts moderner, es war nichts modernisiert, und es ist im alten Trott so weitergewirtschaftet worden. Die Aufträge wurden immer weniger; dann "Freisetzungen" - man sagt heute nicht mehr Entlassungen, man drückt das gerne etwas moderner aus.

Und dann kam der Monat September, in diesem Jahr. Die Wahlen in Hamburg waren gelaufen, die Betriebsratswahlen waren gelaufen, und ebenso die Aufsichtsratswahlen. Wir hörten immer mehr Gerüchte in den Betrieben, und schließlich, am 23. September, erfuhr wir dann per Telefon durch die Hauptabteilungsleiter, woran wir waren. Der Vorstand hatte beschlossen, dem Aufsichtsrat zu empfehlen, in Hamburg 1500 Leute zu entlassen bzw. "freizustellen". Und dabei hatte noch am 4. September eine Einführungsveranstaltung stattgefunden für 120 neue Auszubildende, mit Eltern. Bei dieser Veranstaltung hatte der Hauptabteilungsleiter gesagt: "Die Arbeitsplätze sind sicher; wir suchen sogar in Kiel noch 400 Mitarbeiter."

Inzwischen gibt es jetzt eine ganze Reihe namhafter Leute in Hamburg, die sagen: "jetzt müssen wir tatsächlich den Werften helfen." Das hätte man allerdings, meine ich, vor vielen, vielen Jahren machen sollen. Heute kann vielleicht noch das Begräbnis etwas verschönt werden; es kann aus dem Begräbnis dritter Klasse noch ein Begräbnis erster Klasse werden. Aber an einem Begräbnis werden wir früher oder später kaum noch vorbeikommen. So sieht es heute aus."

Günter Frieb-Preis (HDW)
Mitglied der IG-Metall und SPD

KORREKTUR

KORREKTUR: In der letzten Ausgabe (Nr. 34) ist uns beim Lay-Out des Nahost-Artikels auf Seite 8 dein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Die erwähnten "Unruhen, die schnell den Charakter eines Volksaufstandes annehmen" fanden nicht in Israel sondern in Ägypten statt. Der Ab-

schnitt (unter der Überschrift "Israel"): "Solche Bedingungen... Barrikaden gebaut" hätte richtigerweise nach: "... wie in Sardinienbüchsen eingepfercht" folgen müssen, (innerhalb des Abschnitts über "Ägypten").

Wir bitten unsere Leser um Entschuldigung. Die Redaktion

IRAN- REIF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

Die demonstrierende Menge, angeführt von Jugendlichen und verschleierten Frauen, schwärmte über den Dschaleh-Platz aus... Wütend über das Kriegsschicksal, das Stunden zuvor verhängt worden war, schrien sie Ajatollah Noori (den religiösen Führer) nieder, der sie eindringlich aufforderte, sich zu zerstreuen. Dann begannen sie, die Soldaten mit Pflaster- und Ziegelsteinen zu werfen. Langsam, die Tränengasschwadn hinunterwürgend, rückte die Menge näher an die Truppen heran. Schließlich erhoben diese ihre Läufe und feuerten einzelne Salven in die Luft. Dann senkten sie die MPi's, und als die Menge weiter auf sie zurückte, jagten sie Salve um Salve in die Reihen der Demonstranten. - Die Demonstranten trugen Schilder und Transparente, die "Rache dem unsterblichen Schah und seinen amerikanischen Imperialistenfreunden" schworen, und sie verlangten eine "sozialistische Republik, begründet auf den Islam". (Newsweek vom 18. 11. 78, ein Sprachrohr des US-Großkapitals).

Militärregierung

Inzwischen hat der Schah einer Militärregierung die Macht übergeben. Diese setzte sofort alle Mittel ein, um den Streik der Beschäftigten in der Ölindustrie aber auch in vielen anderen Industriezweigen zu beenden. Fast alle größeren Städte stehen unter Kriegsrecht. Gleichzeitig ließen die Militärs in einem verzweifeltem Versuch, die Massen zu beunruhigen, einige "korrupte" Politiker zu verhaften.

Die 200.000 Mann starke Armee und die 65.000 Geheimpolizisten der SAVAK haben alle Hände voll zu tun, um den Inhaber des fauenthrons vor seinem unmittelbarem Sturz zu retten.

Schon seit Beginn des Jahres sind in regelmäßigen Abständen Tausenden von Massendemonstrationen, Versammlungen und Streiks über alle Städte des Landes hinweggeplant. Monatlang hat die bürgerliche Presse die Zusammenstöße in einem ganz falschem Licht dargestellt. Für sie war es im Konflikt mit dem "progressiven Schah", der angeblich politische Liberalisierung und wirtschaftliche Industrialisierung anstrebte, und dem "reaktionären islamischen Klerus", der die "Modernisierung" der Gesellschaft verhindern wollte. In Wirklichkeit hat der Islam höchstens eine zweitrangige Rolle gespielt.

Elend

Die Triebfeder hinter den aufflammenden Unruhen ist die katastrophale soziale Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die in den Früchten der gewaltigen Industrialisierung der letzten 20 Jahre keinen Anteil erhielt.

Im Gegenteil - der Aufbau der Industrie wurde hauptsächlich durch eine extreme Ausbeutung der Arbeitskräfte finanziert. Viele Arbeiter verdienen nicht mehr als 100 DM jährlich. 74 % der Industriearbeiter liegen unter dem auf Papier garantierten gesetzlichen Mindestlohn. In vielen Industriezweigen dauert der Arbeitstag von Uhr früh bis 8 Uhr abends. 20 % der Kinder müssen elend sterben, bevor sie ihr 5. Lebensjahr erreichen. 65 % der Bevölkerung sind Analphabeten.

Die vielgerühmte "Landreform" des Schahs enteignete 1.200.000... einbauern! Sie wurden dadurch ihres Bodens beraubt. 500.000 von ihnen wurden in die Elendsviertel der Städte getrieben, wo kaum Arbeit und Wohnungen sind. Nur die reichsten Großgrundbesitzer bleiben auf dem Land zurück. Vor 3 Jahren wurde geschätzt, daß bei gleichbleibendem Tempo der Landflucht von heute 18 Millionen umfassender Landbevölkerung (die Hälfte: 34 Mio. zählenden Gesamtbevölkerung) bis 1982 nur noch Millionen übrig sein werden. In Teheran alleine sind heute von mehreren Hunderttausend Familien obdachlos, während andererseits in manchen Vierteln Luxuswohnungen im Wert von 1.000 DM leerstehen.

Reza Pahlevi, dessen Staatsbesuch in der BRD schon 1977 zu empörenden Protestdemonstrationen führte, hat lange genug die Peitsche geherrscht. Arbeiter, Bauern und Studenten schlagen jetzt zurück.

Rolle der Kirche

Die Proteste gegen seine Terrorherrschaft waren anfangs, trotz ihrer sozialen Ursachen, in einen religiösen Mantel gehüllt. Unter Bedingungen, die sie jeder offiziellen politischen Versammlungsfreiheit beraubte, fanden die Massen als einzige Örtlichkeiten, in denen sie sich unbehelligt von Polizei und Armee versammeln konnten, in den islamischen Moscheen Zuflucht. In einer totalitären Gesellschaft, in der die Kirche die einzige halbwegs vom Staat unabhängige Institution ist, kann es gar nicht anders sein, als daß darin die unter der Oberfläche brodelnde Wut der Massen gegen diesen Staat zum Ausdruck

die zu Gunsten einer "monarchistischen" Zeitrechnung abgeschaffte islamische Zeitrechnung wiederherstellen sollte.

Im Zuge der Entwicklung Irans zu einem modernen Industriestaat ist nämlich die Rolle des Islams im gesellschaftlichen Leben allgemein gesunken. Die frühere Macht der religiösen Würdenträger ist zugunsten der absoluten Monarchie des Schahs der Führungsschicht der rasant aufgerüsteten Armee zurückgegangen. Das massiv hereinströmende Auslandskapital und die aufsteigende einheimische Kapitalistenklasse haben die Großgrundbesitzer als alleine herrschende Klasse verdrängt.

Doch den schiitischen Mullahs und Imanen wuchs die Massenbewegung, die sie selbst mit entfacht hatten, über den Kopf. Immer mehr rückten die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse und der nichtproletarischen Massen in den Vordergrund. Die Kämpfe werden immer weiter ihres religiösen Mantels entkleidet.

Der Schah gestand zwar in aller Eile die von dem Klerus geforderte Kalenderreform zu, doch - zu spät! Ein neues Kalenderdatum macht die Massen nicht satt. Die neue Zeitrechnung konnte zwar die ersten Wünsche eines Teiles des islamischen Klerus befriedigen, der danach auch prompt weitere Demonstrationen abblasen wollte, doch die Massen hören schon nicht mehr darauf. Ihre Wut ist nun zum offenen Ausbruch gekommen.



Die Brutalität des Regimes, das angeblich "liberalisiert"...

Risse in der Armee

Doch die Armee wird immer unzuverlässiger. Die "Newsweek" berichtete: "Die Parole: Tod dem Schah!" heulend, bewegte sich der

selbst nach ihrer Niederschlagung flackern immer wieder auf. Praktisch alle Export- und Importgeschäfte kamen 2 Wochen lang zum totalen Stillstand. Immer wieder kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Armee.

Der Schah wurde zitiert: "Je länger der Schah seine Armee auf den Straßen läßt, desto größer wird die Ansteckungsgefahr." Zum ersten Mal seit 25 Jahren fuhr ein Panzer vor dem Schah-Palast auf, um ihn zu schützen. Der Schah selbst erzählte "Newsweek" in einem Interview: "Wir waren letzten Donnerstag in einer sehr ernstesten Situation und es war äußerst knapp. Die Leute befolgten die Gesetze nicht mehr. Sie schenkten den Regierungsanweisungen nicht einmal die geringste Aufmerksamkeit. Tatsächlich hätten sie alles erstürmen können, was sie gewollt hätten."

Es ist ganz offensichtlich, daß eine kühne Politik gegenüber der Armee, durch die die einfachen Soldaten aufgefordert würden, sich mit den Arbeitern zu verbrüderern, schon nach kurzer Zeit zum Erfolg führen würde.

Revolutionäre Situation

In den letzten Wochen und Monaten existieren alle objektiven Bedingungen für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft:

Die Arbeiterklasse ist nicht länger bereit, sich der alten Ordnung zu beugen. Sie ist sogar eher bereit, mit entblößter Brust vor die waffenstarrte Armee zu treten und zu Tausenden in den Tod zu gehen, als sich zu ergeben.

Die nichtproletarischen Massen in Stadt und Land sympathisieren mit den Arbeitern und stehen dem Regime feindlich gegenüber. Studenten, Bauern, Beamten und kleine Bazarhändler beteiligten sich aktiv an Demonstrationen und Streiks.

Die herrschende Klasse selbst ist in ihrer Macht erschüttert. Sie schwankt täglich zwischen einer Politik der brutalen Unterdrückung und einer vorsichtigen Liberalisierung mit kleinen Zugeständnissen. Sie haben kein Vertrauen mehr in ihre eigene Zukunft. Jeden Tag werden Millionen Dollar außer Landes in die Schweiz geschafft. Tausende reicher Familien sind schon geflohen. Für den Schah selbst steht ein Flugzeug bereit, das ihn jederzeit nach Mallorca befördern kann.

Fast bis in die letzten Einzelheiten gleicht der Iran von 1978 dem Rußland von 1917. Der einzige Faktor, der im Iran fehlt, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, wie sie in Rußland durch die Bolschewiki verkörpert wurde!

Moskau und Peking

Aber die grausame Ironie der heutigen Lage ist darin zu sehen, daß keiner der verschiedenen Flügel der "kommunistischen" Weltbewegung bisher bereit war, den Kampf gegen die Schah-Clique aktiv zu unterstützen. Weder die Moskauer Bürokratie, die in den letzten 20 Jahren ihren südlichen Nachbarn mitfinanzierte, mitaufzurüstete und -aufrechterhielt,

Arbeiterklasse

Inzwischen stehen die Klassenforderungen der 3 Millionen Arbeiter an der obersten Stelle der Kämpfe. Mit jedem weiteren Tag des Kampfes wird ihr Klassenbewußtsein weiter wachsen! Sie begreifen immer mehr, daß ihnen nur unabhängige Klassenaktionen zu sozialen Verbesserungen verhelfen können. Der Nebel der Religion, der ursprünglich die Ursachen des Aufruhrs verschleierte, ist schon weitgehend verfliegen.

Seit September überzieht eine Serie von Streiks das Land. Die Kampfziele sind Verkürzung des Arbeitstages, mehr Urlaub, höhere Löhne und direkte politische Forderungen: Sturz der Monarchie, Demonstrations-, Versammlungs-, Streik- und Organisationsfreiheit, Freilassung aller politischen Gefangenen und Rückkehr der wegen politischer Verfolgung ins Exil geflohenen Oppositionellen ohne Bestrafung.

Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten in der Öl- und Chemieindustrie, Zollbeamte, Postbedienstete und Bankangestellte streikte wochenlang. Die Streiks,

kommt, wenn auch in einer sehr unklaren und verzerrten Weise.

Eine ähnliche Rolle spielt auch die katholische Kirche in Lateinamerika. Und in den letzten Jahren der Franco-Diktatur fanden die spanischen Arbeiter die einzige Möglichkeit, Massenversammlungen abzuhalten, in... Kirchen!

Religiöse Führer

Zweifellos unterstützen die unteren Ränge der islamischen Priester den Widerstand und die Massendemonstrationen gegen das Regime von ganzem Herzen. Doch andererseits hatte die Spitze der schiitischen Moslems eindeutig reaktionäre Ziele: Sie stellte sich aus rein egoistischen Gründen an die Spitze der Massenbewegung, die sie auszunutzen gedachte, um ihre eigenen Machtpositionen von früher im Staate wiederzuerobern.

Ihre anfänglichen Hauptforderungen waren: die Wiederherstellung der iranischen Verfassung von 1906, die einem 5-köpfigen Rat islamischer Würdenträger entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte gewährte und eine Kalenderreform, welche

noch ihre chinesischen Gegenspieler, die ihren Staatschef Hua (inmitten der Serie von Massakern an Teheraner Arbeitern!) zu einem Freundschaftsbesuch beim Schah schickten, haben ein echtes Interesse an einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse im Iran. Ein geplanter Freundschaftsbesuch des Schah in der DDR im letzten September platzte, sehr zum Bedauern der Ostberliner Regierung, einzig und allein wegen der anhaltenden Unruhen.

Tudeh-Partei

Auch die "kommunistische" Tudeh-Partei, die größte Partei der iranischen Arbeiter, hat bisher im Test der Ereignisse versagt. 1941 gebildet, eroberte sie bald eine gewaltige Unterstützung und Sympathie der Massen, nachdem sowjetische Truppen Aserbeidschan im Norden Irans eroberten (während die Briten den Süden besetzt hielten). Dies war damals ein



Fußkuß für den Schah. Damit wird es hoffentlich bald ein Ende haben.

großer Anstoß für die iranischen Arbeiter, die sich vom Norden her ihre soziale Befreiung erhofften.

1946 führten die Tudeh-Partei massive Streiks an, einschließlich des Streiks der 50.000 Erdölarbeiter von Khuzestan (Südwest-Iran), die die Verstaatlichung der Ölindustrie forderten. Vertreter der Tudeh wurden damals sogar eine Zeitlang durch die Kapitalisten ins Kabinett geholt, aber wieder hinausgeworfen, nachdem sie sich mit ihrer kläglichen Politik in den Augen der Massen in Mißkredit gebracht hatten.

Doch schon 1951, während der damaligen revolutionären Ereignisse eroberte sich die Tudeh ihre massenhafte Unterstützung mit einem Programm zurück, das Ölverstaatlichungen und politische Freiheiten forderte. Straßenschlachten zwischen arbeitslosen Textilarbeitern und der Polizei fanden in Isfahan statt. Die Ölgesellschaften mußten 35 %ige Lohn erhöhungen zugestehen. Unter dem Druck der Massen kam der bürgerliche Nationalist Mossadegh an die Macht, der heutige Schah mußte damals ins Ausland fliehen.

So groß war die soziale Unruhe, daß das Parlament fast einstimmig (bei nur einer Gegenstimme!) für die Verstaatlichung der Erdöls stimmte! Die Regierung Mossadegh war zu großen Reformen gezwungen, versuchte aber weiterhin, die verschiednen Klassenkräfte gegeneinander auszubalancieren und im Gleichgewicht zu halten - statt die herrschende Klasse zu stürzen!

Schondamals hätte eine vollständige sozialistische Transformation erfolgreich sein können. Doch die Tudeh-Partei unterstützte Mossadegh kritiklos und blockte alle weitergehenden Versuche der Arbeiterklasse ab. So reifte die Situation, in der der CIA den Schah 1953 in einer Konterrevolution zurück an die Macht brachte.

25 Jahre hat es seither gedauert, bis eine neue Generation herangewachsen war, die nicht mehr unter Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit ihrer Eltern leidet.

Aber auch heute ist die Tudeh zu nichts anderen fähig, als von der Rückkehr eines neuen Mossadegh zu träumen. Sie begrenzt ihr Ziel auf die Schaffung einer abstrakten "Demokratie", als deren Modelle sie sich schon 1947 "Schweden, Großbritannien und die USA" aussuchte.

Sozialismus

Doch die armen Massen Irans werden sich fragen: "Kann uns die 'Demokratie' Brot, Kleidung, Woh-

nungen, Bildung, Arbeit und soziale Sicherheit geben? Kann der Sturz des Schahs oder seine Flucht alleine unsere Not beseitigen?"

Der Sturz des gegenwärtigen Regimes wird nur dann nach vorne führen, falls dies der erste Schritt zum Sturz der Eigentumsverhältnisse ist, die dieses Regime verkörpert. Die iranische Gesellschaft kann sich nur auf der Grundlage einer demokratisch geplanten Wirtschaft weiterentwickeln. Nicht einmal der fieberhafte Boom der letzten 2 Jahrzehnte konnte das endlose Joch der Armut und des Elends beseitigen. Im Gegenteil, dieser Boom hat erst die sozialen Spannungen geschaffen, die den heutigen Unruhen zugrundeliegen. Unter den Bedingungen der kapitalistischen Dauerkrise auf Weltenebene werden diese Spannungen nicht verschwinden, sondern sich weiter verschärfen.

Eine "bürgerliche Demokratie" wie sie die Tudeh "als ersten

Schritt" anstrebt, wird keine neue wirtschaftliche Blüte herbeizubringen. Eine solche bürgerliche Demokratie hätte im Gegenteil überhaupt nur so lange stabil bestehen können, solange sie eine materielle Grundlage in einem kapitalistischen Aufschwung gehabt hätte. Aber die Zeiten einer solchen Blüte gehören jetzt der Vergangenheit an. Deswegen liegt die einzige

realistische Alternative, die den Massen des Irans auf Dauer eine soziale und politische Befreiung sichern kann, in der Enteignung der Großgrundbesitzer, der multinationalen Konzerne und des iranischen Kapitals, was die Grundlage für eine echte Arbeiterdemokratie schaffen würde.

Führung

Doch die Voraussetzung für eine solche vollständige gesellschaftliche Umwälzung, welche zur Errichtung einer wahrhaft sozialistischen Demokratie führen würde, ist die Existenz einer bewußten revolutionären Partei, die als Führung die breite Unterstützung durch die Arbeiterklasse genießt (wie in Rußland 1917). Eine solche Partei existiert noch nicht. Auch nicht in der Form der Tudeh! Sie müßte erst noch geschaffen werden.

Die besten Elemente innerhalb der Opposition wenden sich von den romantischen Vorstellungen ab, den Schah durch Guerillakrieg oder individuelle Terrorakte zu stürzen. Immer mehr konzentrieren sie ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse.

Trotzdem wird es für Marxisten und Sozialisten im Iran mit riesigen Schwierigkeiten verbunden sein, die notwendige revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zu erbauen.

Perspektiven

Aber auch wenn diese Aufgabe nicht rechtzeitig gelöst wird, werden die Ereignisse nicht stehenbleiben. Die soziale Krise im Iran ist nämlich so akut und der Druck auf die Armee so stark, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß früher oder später eine Gruppe jüngerer Offiziere einen Militärputsch inszeniert, der das Land auf einen ähnlichen Weg wie Äthiopien (nach dem Sturz des dortigen Kaisers Haile Selassie) lenken würde.

Eine solche Militärregierung



Militär beherrscht die Straßen Teherans. Wie lange werden die Soldaten die Befehle noch befolgen?

würde versuchen, der von Chaos und Zersetzung bedrohten Gesellschaft eine Lösung von oben aufzuzwingen. Unter dem Druck der Massen, unter dem Eindruck des weltweiten kapitalistischen Niedergangs und angesichts der relativen Stabilität von Staaten wie China, Kuba oder der Sowjetunion könnten die Militärs dann gezwungen sein, immer weiter nach links zu gehen und schließlich die herrschenden Klassen zu enteignen. Zweifellos wären solche Maßnahmen ein ungeheurer gesellschaftlicher Fortschritt!

Aber weil ein solcher Umsturz auf bürokratische Weise stattfinden würde und weil das herrschende Militärregime seine Kontrolle von oben auf keinen Fall aus der Hand geben würde, wäre das Ergebnis einer solchen Entwicklung eine stalinistische Diktatur, wie sie heute auch in Ostblockländern herrscht. Ein solches System würde zwar auf dem Staatseigentum an Produktionsmitteln und einem zentralen Produktionsplan beruhen, aber von Anfang an würde es eine kleine Elite von Bürokraten mit riesigen Privilegien an den Hebeln der Staatsmacht schalten und walten und die unterdrückten Massen ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten berauben. Der Preis für eine solche Entwicklung wäre eine politische Revolution zu einem spä-

teren Zeitpunkt, welche die herrschende Bürokratie entmachten müßte, um eine echte Arbeiterdemokratie zu schaffen.

Eine Entwicklung in Richtung auf ein sowjetisches, chinesisches oder kubanisches Modell wäre ein schwerer Schlag für den westlichen Imperialismus, dem damit ein wichtiges Land verloren ginge. Deshalb vertreten ja auch maßgebliche bürgerliche Kreise der BRD bis hin zu Graf Lambsdorff (FDP) die Meinung, daß die Regierung des Schahs um jeden Preis gehalten werden müsse. Ein solches Militärregime könnte auch zweifellos den allgemeinen Lebensstandard der Massen anheben und die größten Mißstände aus der Welt schaffen. Dies darf die kämpferischen Sozialisten und Maxisten jedoch nicht zum Nichtstun und passiven Zusehen verurteilen. Sie müssen auf alle Fälle unermüdet für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung eintreten. Eine echte Arbeiterdemokratie im Iran mit der breiten Unterstützung durch die Bauern und anderen unterdrückten Bevölkerungsschichten wäre ein wichtiger Schritt vorwärts für den ganzen asiatischen Kontinent, in dem es an allen Ecken und Enden gärt, von der Türkei bis Indien, von Ägypten bis Pakistan und Afghanistan.

Bundesregierung stützt Schah!

SPD-Ortsvereine, Juso-Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaftsgliederungen sollten die Bundesregierung und den SPD-Vorstand mit Protestschreiben überfluten, wegen der empörenden und widerwärtigen Verteidigung des Schah von Persien, die der Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff auf seiner Reise nach Teheran zum Ausdruck gebracht hat. "Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ist die Bundesregierung an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert", sagte der "Graf" in Teheran, der gleichzeitig dem Schah eine Grußbotschaft vom deutschen Bundespräsidenten Scheel überbrachte. Die Bundesregierung begründet nach den Worten Lambsdorffs ausdrücklich "die vom Schah eingeleitete Liberalisierung der iranischen Innenpolitik".

"Welche Liberalisierung?", fragt man sich verblüfft... Glaubte die Bundesregierung selbst, was sie sagt? Oder ist dies nur ein plumper Versuch, den deutschen Arbeitnehmern Sand in die Augen zu streuen über die angeblich so "progressive" Rolle des "liberalisierenden" Schah?

Hier die Fakten: Das Regime des Schah geht durch die Zeitgeschichte knietief im Blut von Tausenden ermordeter politischer Gefangener wadend! Das Massaker an den Demonstranten jüngst in Teheran, wobei 3.000 Menschen umkamen, ist nur ein krasses Beispiel für die brutale Repression, mit der dem Aufstand gegen den Diktator begegnet wird. Die "stabilen Verhältnisse im Iran", an der die Bundesregierung so interessiert ist, wurden in der Vergangenheit nur durch ein Netz von 65.000 hauptamtlichen SAVAK-Geheimpolizisten aufrecht erhalten.

Dieser Apparat wurde von dem "progressiven" Regime aufgebaut und ergänzt durch ein Netz von 100.000 zusätzlichen Informanten - ähnlich den NSDAP-Blockwarten - die buchstäblich die gesamte Nation gefangen und in Schach hielten!

Die SAVAK foltert politische Gefangene. Frauen werden während des Verhörs nackt an die Zimmerdecke gehängt, an ihrem Körper werden brennende Zigaretten ausgedrückt, Elektroschocks an den Genitalien werden verpasst, bis die Opfer in Ohnmacht fallen. Die Folterknechte urinieren ihren Opfern während dieser tierischen Torturen in den gewaltsam durch einen Knebel aufgerissenen Mund (FR, 30. 10. 78).

Zwar gibt Lambsdorff vor, "in einer privaten Unterredung mit dem Schah auf die Einhaltung der Menschenrechte gedrängt" zu haben. Als ob sich der Schah eines besseren besinnen würde, wenn ihm still und heimlich einige Worte ins Ohr geflüstert werden! Als ob es nicht viel entscheidender für die Zukunft seines blutbefleckten Regimes wäre, daß die BRD (nebst anderen Staaten, wie die USA - an deren Spitze der sogenannte "Menschenrechtler" Carter steht!) dem bedrohlichen Schah mit massiven Waffenlieferungen zur Seite gesprungen ist! - Worauf anderes laufen denn die Maßnahmen und Äußerungen der Bundesregierung hinaus, wenn nicht auf die offene Unterstützung eines diktatorischen Terror-Regimes?

Willy Brandt hatte kürzlich erklärt, daß er Gewaltanwendung gegen diktatorische

Regimes für legitim hält. Wie steht es mit Gewaltanwendung gegen den Schah? Ist das auch legitim? Warum hat er nicht seine Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung eine solche Diktatur nicht nur nicht bekämpft, sondern so-



gar tatkräftig unterstützt? - Seine entlarvenden Äußerungen versuchte Lambsdorff damit zu begründen, daß eine nach dem Sturz des Schah gebildete "Regierung reaktionärer Muslims" sehr bald von den "Linken" in Gefahr gebracht würde.

Mit den "Linken" meint er natürlich die Bewegung der Arbeiter und armen Bauern. Deren Bewegung, die in den letzten Monaten mehrmals Massendemonstrationen von bis zu einer halben Million mobilisierte - und das angesichts eines absoluten Demonstrationsverbots! - zeigt die Tiefe der öffentlichen Stimmung gegen den Schah!

Die großen multinationalen Ölgesellschaften, das internationale Kapital und andere imperialistische Konzerne haben eine riesige Angst vor dieser Bewegung, die zur Enteignung "ihrer" Reichtümer führen könnte, die sie aus dem Land herausgepresst haben.

Die deutsche Arbeiterbewegung muß ihre Empörung über die Äußerungen des "liberalen" Wirtschaftsministers und ihre aktive Solidarität mit den iranischen Klassenbrüdern zum Ausdruck bringen. Das sollte natürlich weiter gehen als nur eine verbale Opposition zum Schah und allen anderen Diktatoren zu zeigen.

- Die Aktivitäten der iranischen Geheimpolizei SAVAK in der BRD müssen sofort unterbunden werden. Ihre Agenten sind auszuweisen!

- Der DGB sollte einen absoluten Handelsboykott organisieren und sofort alle weiteren Waffenlieferungen für die Schah Diktatur stoppen! Die spanischen Seeleute haben eine vorbildliche Haltung eingenommen, indem sie sich weigerten, Schiffe für lateinamerikanische Diktaturen zu beladen (oder zu entladen). Bezüglich des Schah sollte unsere Haltung dieselbe sein. - Ein Aufruf an alle europäischen Gewerkschaften, diese Aktionen zu unterstützen sollte folgen! Dadurch könnte der Schah innerhalb weniger Wochen ge-

NOVEMBERREVOLUTION VOR 60 JAHREN:

ANGELA BANKERT

ARBEITER OHNE FÜHRUNG



In den ersten November-Tagen hatten die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte die Macht praktisch ohne jeglichen Widerstand an sich reißen können. Doch der alte Staatsapparat existierte noch - nur mit einem neuen Anstrich: rote Fahnen, linke Sprüche, eine Regierung, die sich sozialistisch nannte.

Die Tätigkeit der Räte beschränkte sich vielerorts darauf, Verwaltungsaufgaben durchzuführen oder zu kontrollieren: Verkehr, Versorgung, kommunale Verwaltung. Lediglich in Berlin und in einigen wenigen Reichsstädten strebten die Räte bewußt eine grundlegende Veränderung der staatlichen Ordnung an. Und zwar meist dort, wo der linke Flügel der USPD die Räte kontrollierte. Doch in den meisten Orten stellten MSPD'ler die Mehrheit in den Räten. Viele MSPD-Anhänger beteiligten sich zwar aktiv an der Tätigkeit der Räte (im Gegensatz zur MSPD-Führung, die die Rätebewegung grundsätzlich ablehnte), doch waren für sie die Räte mehr oder weniger eine Übergangserscheinung, die im Chaos der Nachkriegszeit die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten hatten. Sicher wollten auch sie - wie überhaupt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung - den Sozialismus, doch war dieses Ziel für sie schon mit den ersten Errungenschaften der Revolution nahezu erreicht. Diese Stimmung unterstützte auch die alte SPD-Führung. Ebert stellte die Lage so dar, als fehlte nur noch ein Parlament zur "Krönung" der Revolution, um die Bewegung abzuschließen zu können. So war für viele sozialdemokratische Arbeiter ihre Unterstützung der Räte und die Losung einer Nationalversammlung kein Widerspruch.

KRITIK LUXEMBURGS

Auch die zentrale Frage der wirtschaftlichen Macht, der Kontrolle über die Betriebe, spielte in diesen revolutionären Wochen kaum eine Rolle, nicht mal beim linken USPD-Flügel.

So kritisierte auch Rosa Luxemburg "die Illusion der ersten Phase... als sei es für den Verlauf der sozialistischen Revolution genügend, die kapitalistische Regierung zu stürzen und durch eine andere zu ersetzen". Sie forderte die Revolutionäre auf, das "Augenmerk nicht nach der Spitze, nach oben, (zu) richten, sondern nach unten". Die Revolution sei "eine noch ausschließlich politische Revolution... und darin liegt das Anfängliche, das Unzulängliche, das Halbe und Bewußtlose dieser Revolution... Es liegt gerade in dem ganzen Wesen dieser Revolution, daß die Streiks sich mehr und mehr auswachsen, daß sie immer mehr zum Mittelpunkt, zur Hauptsache der Revolution werden müssen. Das ist dann eine ökonomische Revolution, und damit wird sie die sozialistische Revolution... Die Bourgeoisie kann sich eine Mystifikation leisten auf politischen Gebiet, wo eine Maskerade noch möglich ist, wo noch Leute wie Ebert, Scheidemann mit sozialistischen Aufschriften auftreten können, aber nicht da, wo es um den Profit geht!"

Doch der Spartakusbund, in dessen Programm die Forderung nach umfassenden Enteignungen stand, hatte einen zu geringen Einfluß auf den Verlauf der Revolution, als daß diesen Forderungen ausreichend Gehör und Unterstützung verschafft werden konnte. Lediglich um die Frage der Sozialisierung des Bergbaus entwickelte sich noch eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern und der "sozialistischen" Regierung.

DER REICHSRÄTEKONGRESS...

Die Wochen der Doppelherrschaft zwischen den Räten und dem bürgerlichen Staat, in denen sich die Räte zum Teil Stück um Stück ihre Befugnisse einschrän-

ken ließen, gewann Ebert wertvolle Zeit, um seinen nächsten Schlag vorzubereiten: auf dem 1. Reichsrätekongreß wollte er endgültig die Losung der Nationalversammlung, also der bürgerlichen Republik, durchsetzen.

Dieser Kongreß mit über 400 Vertretern aller Räte des Reiches fand vom 16. - 24. Dezember in Berlin statt. Doch schon die soziale Zusammensetzung des Kongresses spiegelte nicht den revolutionären Aufschwung der vergangenen Wochen wider. Nur 179 Delegierte waren Arbeiter und Angestellte, dagegen 71 Intellektuelle und Freiberufler sowie 195 Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Abgeordnete, Journalisten. Rund drei Viertel der Delegierten waren Mitglieder der MSPD, der Rest USPDler, darunter 50 revolutionäre Obleute und eine Handvoll Spartakisten. Der alte sozialdemokratische Apparat dominierte eindeutig. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind keine Delegierten. Ein Antrag, sie beratend hinzuzuziehen, wird abgelehnt. So sind schon gleich zu Beginn die Mehrheitsverhältnisse klar.

Während des Kongresses sammelten sich draußen riesige Menschenmengen, rund 250.000, und demonstrieren unter der Führung von Karl Liebknecht für ihre Forderungen: Absetzung der Regierung Ebert, Bewaffnung des Proletariats, alle Macht den Räten.

Mehrfach drangen Delegationen in den Kongreßraum ein, um Druck auf die Delegierten auszuüben. Für die SPD-Führung war dies ein erneuter Anlaß, zu erklären, daß diesen "Leuten von der Straße" nie die Macht gehören dürfe. Scheidemann versicherte, daß die Herrschaft von Arbeitern und Soldaten nur Elend und Unglück für alle bedeuten würde.

...ENTMACHTET SICH SELBST

Von seiten der SPD-Führung wurde alles getan, um bei den Delegierten den Eindruck zu erwecken, der Sozialismus sei schon beinahe erreicht und könne nur noch durch düstre Machenschaften der Spartakisten gefährdet werden.

Als es dann zur Abstimmung über die wichtigste Frage - "Rätedemokratie oder Parlament" - kam, wurde der Antrag der Unabhängigen, den neuen Staat auf der Grundlage des Räteystems aufzubauen, mit 344:98 Stimmen abgelehnt. Ebert errang so einen wichtigen Sieg im höchsten Organ der Räte. Der Wahltermin für die Nationalversammlung wurde auf den 19. Januar 1919 festgelegt. Darüber hinaus übertrugen die Delegierten ihre Befugnisse auf den Rat der Volksbeauftragten: Der Rätekongreß hatte sich dadurch selbst entmachtet.

Eine heftige Auseinandersetzung entbrannte noch um die Funktion des Zentralrats, der von den Delegierten als das höchste Organ der Räte gewählt werden sollte.

Während die USPD-Linke diesen Zentralrat als gesetzgebendes Organ über den Rat der Volksbeauftragten stellen wollte, konnte die SPD-Führung durchsetzen, daß ihm keine gesetzgebende Gewalt, sondern nur beschränkte Kontrollrechte über die Regierung zugestanden wurden.

Darauf hin verließen die revolutionären Obleute und der größte Teil der USPD-Fraktion unter Protest den Kongreß. Bei den Wahlen wurden daher nur Ebert-Anhänger in den Zentralrat gewählt, der die Ebert-Regierung eigentlich kontrollieren sollte! Rosa Luxemburg stellte dazu fest, daß damit "der Teufel von seiner Schwiegermutter" kontrolliert wird.

SOZIALISIERUNGSFRAGE

Damit war für die SPD der Kongreß gelaufen. Von dieser Seite bestand kein Interesse mehr, die Beratungen fortzusetzen. Man versuchte, den Rest der Tagesordnung abzusetzen und den Kongreß abbrechen. Doch hier rebellierten die Delegierten. Die beiden anderen wichtigen Themen - Sozialisierung und Militär - wurden behandelt, und das gar nicht im Sinne Eberts.

Beim Thema "Sozialisierung des Kohlebergbaus" beauftragten die Delegierten entgegen den Appellen der SPD-Führung die Regierung, diese energisch voranzutreiben.

Um die Militärfrage gab es tagelang ein heftiges Tauziehen. Die Delegierten verlangten entscheidende Maßnahmen gegen die alte kaiserliche militärische Führung. Mehrfache konterrevolutionäre Umsturzversuche im ganzen Reich der Drahtzieher im Kriegsministerium saßen, waren ihnen klar im Bewußtsein.

Selbst der Volksbeauftragte Barth forderte die Auflösung des Offizierskorps.

Ebert dagegen sah sein Bündnis mit der Generalität gefährdet. Er bittet die Delegierten, keine "unüberlegten und übereilten Entscheidungen" zu treffen.

Doch der Kongreß folgt ihm nicht. Er nimmt eine Resolution an, die u. a. bestimmt, daß das Kommando in den Garnisonen auf die Soldatenräte übergeht, die Offiziere zu wählen sind, das stehende Heer abgeschafft werden soll.

Eberts Antrag, diese Resolution nur als empfehlende Richtlinien anzusehen, wird nicht einmal behandelt.

Die Generalität reagiert sofort und prompt. Noch während der Kongreß tagt, häufen sich in Berlin Zusammenstöße mit Teilen der Armee, bei denen General Gröners Truppen gegen die Arbeiter vorgehen. Die Lage in der Reichshauptstadt gleicht einem Pulverfaß.

KPD-GRÜNDUNG MIT...

Die schwankende Haltung der USPD-Führung auch auf dem Räte-Kongreß bestärkte die Spartakisten darin, mit ihr zu brechen, "um eine neue unabhängige Partei aufzubauen, mit einem klaren Programm, einem festen Ziel, einer einheitlichen Taktik, höchster Entschluß- und Schlagkraft und größter revolutionärer Energie." (Karl Liebknecht)

FORTSETZUNG VON S. 2

* Wir setzten uns immer wieder kritisch und solidarisch mit den verschiedenen politischen Strömungen der Partei auseinander und setzten uns auch im Wahlkampf für einen Sieg der SPD ein, ohne allerdings auf die Darstellung unserer sozialistischen Alternative zu verzichten.

* Regelmäßig brachten wir Artikel zur Geschichte der Arbeiterbewegung und sogar Augenzeugenberichte von Veteranen unserer Bewegung. Wir tun dies nicht aus Sentimentalität, sondern um die Lehren aus den Erfolgen und Misserfolgen von damals wieder wachzurufen.

* Ein Artikel in VORAN Nr. 18, der sich mit der Regierungserklärung Helmut Schmidts vom Dezember 1976 auseinandersetzte, hatte ein Nachspiel: Der betreffende Genosse sollte wegen folgender Äußerungen aus der SPD ausgeschlossen werden:

"In dieser Situation heißt die Parole: für oder gegen die Arbeiter, für oder gegen das Kapital! Wer A sagt, muß auch B sagen, und solange unsere Partei-Führung das Weiterbestehen des Kapitalismus akzeptiert, wird sie

Nur eine Woche nach dem Räte-kongreß, von 29. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919, findet der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) statt.

Viele der programmatischen Aussagen wurden vom Spartakusbund übernommen. Rosa Luxemburg überragte mit ihren Grundsatzerferaten. Doch in zentralen Fragen der Strategie und Taktik war der Parteitag gespalten.

Gegründet mitten in der Revolution - oder genauer: schon nach ihren ersten Niederlagen -, in der spannungsgeladenen Atmosphäre Berlins, dem Hauptstützpunkt der revolutionären Kräfte (jedoch nicht zu vergleichen mit der bereits abgeflauten, teils sogar resignierten Stimmung im Reich), - in dieser Lage brach die revolutionäre Ungeduld großer Teile der Spartakisten durch.

... ULTRALINKER MEHRHEIT

Sie verlangten den Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung und den Austritt aus den Gewerkschaften. Für sie stand die Eroberung der Macht, die Ablösung der Regierung Ebert unmittelbar auf der Tagesordnung.

Rosa Luxemburg erklärte dagegen, daß der nächste Schritt zuerst die "Eroberung der Massen" sein müsse. Dazu haben sich die Revolutionäre jeder Möglichkeit zu bedienen, auch der Tribüne des Parlaments.

Sie forderte zu einem tagtäglichen, beständigen Kampf in den Räten auf, um deren Befugnisse zu erweitern.

Eine sozialistische Regierung könne nur der krönende Abschluß eines langwierigen Kampfes sein. R. Luxemburg auf dem Parteitag: "Ich spreche von den gewaltigen Massen, nicht von den Gruppen, die

zu uns gehören. Es kommen Millionen in Betracht, Männer, Frauen, junge Leute, Soldaten. Ich frage klar, ob Sie mit gutem Gewissen sagen können, daß diese Massen, wenn wir hier beschließen, die Nationalversammlung zu boykottieren, den Wahlen den Rücken kehren werden oder, noch besser, ihre Fäuste gegen die Nationalversammlung richten werden? Das könnt Ihr nicht mit gutem Gewissen behaupten... In welcher Weise wollen Sie die Wahlen beeinflussen, wenn sie von vorneherein erklären, wir halten die Wahlen für null und nichtig? Wir müssen den Massen zeigen, daß es keine bessere Antwort gibt auf den gegenrevolutionären Beschluß gegen das Räte-system, als eine gewaltige Kundgebung der Wähler zustande zu bringen, indem sie gerade Leute wählen, die gegen die Nationalversammlung und für das Räte-system sind."

Doch Rosa Luxemburg konnte sich nicht durchsetzen. Der Parteitag beschloß mit Mehrheit den Boykott der Nationalversammlung und den Austritt aus den Gewerkschaften.

Damit isolierte sich die neue Partei selbst von den Massen. Die Revolutionären Obleute weigerten sich aufgrund dieser sektiererischen Entscheidungen, der neuen Partei beizutreten. Sie bleibt damit bis auf weiteres eine verschwindende Minderheit und ohne Einfluß auf den weiteren Verlauf der Revolution.

Die politische Führungslosigkeit der Arbeiterklasse, die nun zwar 3 verschiedene Parteien, aber immer noch kein klares Konzept hatte, sollte sich im Verlauf des Jahres 1919 noch schwer rächen...

Fortsetzung:

- Zerschlagung der Räte
- Niederlage der Revolution

VORAN HAT GEBURTSTAG

konsequenterweise gegen den Sozialstaat und den Lebensstandard der Millionen vorgehen müssen, auch wenn dies für die meisten Mitglieder nicht annehmbar ist."

Das Parteivorstandsverfahren mußte eingestellt werden, die entstandenen Unkosten von 8,39 DM sind voll auf unser Spendenkonto eingegangen.

* In Berichten aus der Gewerkschaft, aus den Betrieben und über die Tarifaueinandersetzungen sind wir immer eingetreten für eine offensive, kämpferische Gewerkschaftspolitik, für eine Gewerkschaftsführung, die die vorhandene Kraft und Energie der Basis voll mobilisiert und in die Waagschale wirft, wenn es darauf ankommt. Gerade in den letzten zwei Jahren kam auch in unserer Zeitung der frische Wind aus den Betrieben deutlich zum Vorschein und so konnten wir auch in und vor Betrieben, bei gewerkschaftlichen Kundgebungen und Streikposten zahlreiche Exemplare unserer Zeitung verkaufen.

* Wir haben auch nie hinterm Berg gehalten, daß wir uns mit anderen marxistischen Zeitungen in vielen Ländern verbunden

fühlen. Dadurch konnten wir wertvolle Informationen über die ausländische Arbeiterbewegung weitergeben, z. B. im abgelaufenen Jahr über Spanien, Sri Lanka, Holland, Nahost, Nicaragua, Chile, Frankreich, USA, Italien, Portugal.

Nach 5 Jahren, in denen wir natürlich auch mit zahlreichen Problemen und Widerständen fertig werden mußten, heißt es jetzt: In die Zukunft blicken. In den nächsten 5 Jahren stehen der Arbeiterbewegung noch große und schwere Kämpfe bevor. Die politischen Vorstellungen und Konzepte unserer Partei- und Gewerkschaftsführung werden dabei immer wieder auf die Probe gestellt werden. Wenn wir weiterhin mit klaren Ideen, Perspektiven und Alternativen praktisch in der Arbeiterbewegung mitarbeiten, dann kann das klare und konsequente Programm von VORAN einen noch viel größeren Anhängerkreis in den Gewerkschaften, in der Jugend und in der SPD bekommen.

Also: VORAN stärken, abonnieren, verkaufen! Spendet für VORAN! Schickt Berichte an die

VORAN

DIE 35-STUNDEN-WOCHE...

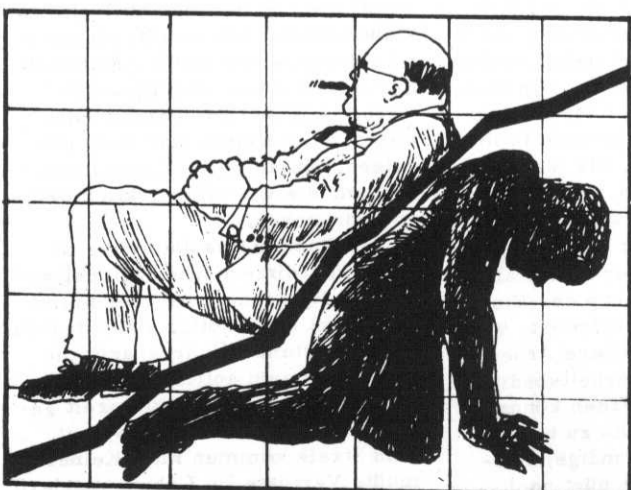
...UND DIE LÜGEN DER UNTERNEHMER



LÜGEN	TATSACHEN... TATSACHEN... TATSACHEN	TATSACHEN... TATSACHEN... TATSACHEN
1 "Ein nennenswerter Arbeitskräftebedarf entsteht durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht..."	Tatsache ist, daß bei einer 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie z. B. im Kontinentalbereich (d. h. dort, wo aus technischen Gründen rund um die Uhr gearbeitet werden	muß), die Schichten so eingeteilt werden könnten, daß eine komplette (fünfte) Schicht eingestellt werden müßte. Selbst das (Unternehmer-) Institut der Deutschen Wirtschaft mußte zugeben, daß eine generelle Einführung der 35-Stunden-Woche in der BRD 1,3 Millionen mehr Arbeitsplätze bringen würde!
2 "Die heutige Arbeitszeit entspricht den arbeitsmedizinischen und sozialwissenschaftlichen Anforderungen an eine humane Arbeitsplatzgestaltung..."	Von humaner Arbeitsplatzgestaltung kann heutzutage nirgendwo die Rede sein - amallerwenigsten in der Stahlindustrie! Vor allem bei Schwer- und Schichtarbeit geht die Gesundheit vieler Kollegen buchstäblich vor die Hunde. Wie eine Untersuchung der AfA (SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) kürzlich ans Licht brachte,	-leiden 66% aller Schichtarbeiter unter Schlafstörungen (bei Normalarbeitern 11%) -haben 64% aller Schichtarbeiter nervöse Störungen (bei Normalarbeitern 10%) -leiden 53% aller Schichtarbeiter unter Appetitlosigkeit (bei Normalarbeitern 4%) Außerdem kommen bei Schichtarbeitern Magengeschwüre acht mal so häufig vor. Was eine menschenwürdige Arbeitsplatzgestaltung ist und was nicht, das haben die betroffenen Menschen (nämlich die Arbeitnehmer) immer noch selbst zu entscheiden, und nicht die Herren Unternehmer, die in ihrem Leben noch nie an einem solchen Arbeitsplatz gestanden haben! Der Raubbau an der Gesundheit der Arbeitnehmer muß aufhören! Die 35-Stunden-Woche kann ein erster Schritt dazu sein.
3 "Wir haben einen Mangel an Facharbeitern. Durch Arbeitszeitverkürzung wird der Mangel an qualifizierten Fachkräften nur noch größer."	Hier werden die Tatsachen doch glatt auf den Kopf gestellt! Es sind doch gerade die Unternehmer gewesen, die mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (und das	sind nicht wenige) die Bundesregierung erpreßt haben, damit das Ausbildungszulassungsgesetz zu Fall kam. Dadurch haben die Unternehmer es selbst verhindert, daß
4 "Die Einführung der 35-Stunden-Woche ist zu teuer. Die deutsche Wirtschaft würde dadurch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit einbüßen..."	Dieses Argument benutzen die Unternehmer aller Länder, um "ihre" Arbeiter vom Kampf für die 35-Stunden-Woche abzuhalten. Doch in ganz Europa ist dieser Kampf schon im Gange! Der europäische Gewerkschafts-	bund hat bereits zu einem eintägigem europäischen Streik für die 35-Stunden-Woche aufgerufen. Und die belgischen Arbeiter haben bereits eine 38-Stunden-Woche ab 1979 erkämpft!
		viele junge Menschen, die von der Schule abgehen, eine Lehrstelle bekommen! Wenn sich die Arbeiter der verschiedenen Länder nicht spalten und gegenseitig ausspielen lassen, sondern vereint kämpfen, dann können sie auch die 35-Stunden-Woche erringen!

...UND DIE BEDENKEN MANCHER KOLLEGEN

BEDENKEN	GEGENARGUMENTE	GEGENARGUMENTE	GEGENARGUMENTE
1 "Wären wir bei einer 35-Stunden-Woche nicht dazu gezwungen, entsprechend mehr Überstunden zu machen, um unseren Reallohn zu halten?"	<u>Erstens:</u> Die 35-Stunden-Woche wird bei vollem Lohnausgleich gefordert. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wäre schlicht und einfach eine allgemeine Kurzarbeit - Arbeitszeitverkürzung nach Unternehmerart, wie sie in verschiedenen Branchen schon seit Jahren praktiziert wird! Das kommt jedoch für einen Gewerkschafter nicht in Frage.	<u>Und zweitens:</u> In der Tat sehen sich viele Arbeiter und Angestellte schon heute, bei der 40-Stunden-Woche gezwungen, Überstunden zu machen, weil sie und ihre Familien mit dem normalen Lohn nicht über die Runden kommen. Deswegen muß der Kampf der Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Mitglieder auch mit einem Kampf für einen Mindestlohn von 1.400 DM	netto für jeden Vollzeitbeschäftigten verbunden werden. Kollegen, die mehr als 1.500 DM verdienen, dürfen bei der Verkürzung der Arbeitszeit keine Lohneinbußen erleiden. <u>Drittens:</u> Maßlose Überstunden und Sonderstunden müssen durch die Überwachung der Gewerkschaften eingeschränkt werden.
2 "Eine 35-Stunden-Woche wird doch sicher nur zu einem Anstieg der Leistungshetze führen..."	Der Kampf gegen die zunehmende Arbeitshetze muß ohnehin tagtäglich geführt werden. Auch schon jetzt, bei der 40-Stunden-Woche, tun die Konzernherren und die Unternehmer alles, um so viel wie nur eben möglich aus allen Kollegen herauszuholen. Nur wer blind ist, wird sich weismachen lassen, daß die Unternehmer zum Ausgleich für den Verzicht der Arbeiter auf die 35-Stunden-Woche selbst auf ihre ständigen Versuche verzichten werden, die Leistungs-	schraube immer härter zuzudrehen. Gerade in den letzten Jahren ist die Arbeitshetze für alle Kollegen brutal verschärft worden. Wer hätte das nicht am eigenen Leibe verspürt? Die Folgen: Die Gesundheit wird systematisch ruiniert! Gerade deswegen wäre die sofortige Durchsetzung der 35-Stunden-Woche eine erste Erleichterung gegen die heutige Arbeitsbelastung. Denn die Unternehmer werden es beim besten Willen und mit den aus-	geklügeltsten Methoden nicht schaffen, auf einen Schlag die Arbeit von 40 Stunden in 35 Stunden hineinzupressen - sonst würden sie es heute schon versuchen! Sie wären zu Neueinstellungen gezwungen. - Trotzdem muß auch in Zukunft gegen die Folgen weiterer Rationalisierungen und gegen das Hochschrauben der Arbeitsbelastung gekämpft werden.
3 "An unserer realen Arbeitszeit würde sich durch die 35-Stunden-Woche doch nichts ändern. Müssen wir nicht heute schon, bei der 40-Stunden-Woche manchmal Überstunden schieben? Die Unternehmer würden einfach 5 zusätzliche Überstunden verlangen!"	<u>Es stimmt:</u> Trotz der 40-Stunden-Woche auf dem Papier wurden 1977 (als Durchschnitt der bezahlten Wochenstunden aller männlichen Arbeiter 42,2 Stunden gearbeitet) Also hat durchschnittlich jeder mehr als 2 Überstunden wöchentlich gemacht. <u>Aber:</u> Trotz aller Überstunden ist die durch-	schnittliche Wochenarbeitszeit gesunken. Denn noch vor 20 Jahren, 1958, betrug die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit 45,3 Stunden. Die damals geleisteten Überstunden sind in dieser Zahl noch nicht enthalten. Der damalige Kampf der Gewerkschaften für die 40-Stunden-Woche bei vol-	lem Lohnausgleich war also ein Erfolg. Der heutige Kampf um die 35-Stunden-Woche kann ebenfalls erfolgreich sein, wenn er von allen Beteiligten entschlossen und unachgiebig geführt wird.
4 "Die Unternehmer sind zu mächtig; sie lassen sich zu nichts zwingen - auch nicht dazu, wegen der 35-Stunden-Woche mehr Leute einzustellen."	<u>Das stimmt nicht ganz:</u> In der Vergangenheit hat die organisierte Arbeiterbewegung den Großkapitalisten schon viele Zugeständnisse abgerungen. Die Bosse haben noch nie freiwillig etwas abgegeben, sie mußten immer durch kämpferische Streiks dazu gezwungen werden. <u>Allerdings:</u> An den fundamentalen Machtverhältnissen in Betrieb, Staat und Gesellschaft hat sich nichts grundlegendes verändert. Die	Herrschaft des Kapitals zu stürzen bleibt nach wie vor die größte Aufgabe der Arbeiterbewegung. <u>Weiter:</u> Es besteht die berechnete Hoffnung daß die 35-Stunden-Woche Neueinstellungen - wenigstens in einem gewissen Ausmaß! - erzwingen würde. Und wenn die Herren Unternehmer trotz allem nicht nachgeben, ist dies um so mehr ein Grund, sich auf das ursprüngliche Programm der Arbeitsbewe-	gung zurückzubedenken: Enteignung des Großkapitals, Errichtung einer demokratischen Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken, Erstellung und Durchführung eines rationalen volkswirtschaftlichen Produktionsplans und Aufbau einer sozialistischen Arbeiterdemokratie, in der die Mühseligkeiten und Nöte der heutigen Gesellschaft nach und nach abgebaut werden könnten!



HINWEIS

Für die nächste Ausgabe unserer Zeitung sind u. a. folgende Artikel geplant bzw. liegen bereits vor:

- Die Fortsetzung über die Deutsche Revolution
- Zwei Berichte von aktiven ÖTV-Gewerkschaftern
- Die DKP - eine Alternative für Sozialisten ? ?

ABONNIERT VORAN

o ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto Hans Gerd Öfinger, Postscheckamt Essen Nr. 170-20-433 überwiesen.
(Abopreis für 6 Ausgaben)

o ICH MÖCHTE WEITERES INFOMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75